

## KURZBRIEFING

# Klimakrise als Sicherheitsbedrohung

## Warum die Klimakrise als zentrales Thema in den Nationalen Sicherheitsrat gehört

Mit dem neu eingerichteten Nationalen Sicherheitsrat (NSR) erhält Deutschland ein zentrales Gremium, das auf die wachsenden geopolitischen Herausforderungen reagieren soll. Doch die Verankerung einer der größten Sicherheitsherausforderungen für Deutschland fehlt: **der Klimakrise**. In einer Welt, in der Extremwetterereignisse und langsam fortschreitende Umweltveränderungen Konflikte verschärfen können, Versorgungssicherheit gefährden und ganze Regionen zu destabilisieren drohen, muss Klimapolitik ins Zentrum deutscher Sicherheits- und Außenpolitik rücken. Damit der Sicherheitsrat wirksam auf globale Risiken für die menschliche Sicherheit reagieren kann, braucht es eine konsequente und systematische Verankerung des Themas. Dieses Kurzbriefing zeigt, welche Lücken der aktuelle Aufbau und die Ausrichtung des Nationalen Sicherheitsrats aufweisen – und warum ohne die Berücksichtigung der Klimakrise zentrale Risiken für die Zukunft unbewältigt bleiben.

Nachbesserungen sind jetzt dringend nötig, u.a. durch:

- Ständige Beteiligung des Umweltministeriums
- Regelmäßige Sitzungen zur Klimakrise
- Klimasicherheitsberichte inkl. verbesserten Frühwarnsystemen
- Gründung eines Kompetenzzentrums für Klimasicherheit
- Enge Kooperation mit Partner- und Nachbarländern

### Deutschland hat einen Nationalen Sicherheitsrat

Als zentrales Gremium für Fragen der nationalen Sicherheit in Deutschland ist am 27. August 2025 der neue Nationale Sicherheitsrat (NSR) eingerichtet worden. Weiterentwickelt aus dem seit 1969 bestehenden Bundessicherheitsrats (vormals Bundesverteidigungsrat seit 1955), der sich hauptsächlich mit Rüstungsexporten befasste, schließt er auch das informelle Sicherheitskabinett ein. Er soll „die wesentlichen Fragen einer integrierten Sicherheitspolitik koordinieren, Strategieentwicklung und strategische Vorausschau leisten, eine gemeinsame Lagebewertung vornehmen und somit das Gremium der gemeinsamen politischen Willensbildung sein“<sup>1</sup>. Der NSR setzt sich zusammen aus dem Bundeskanzler, dem Vizekanzler und den Minister:innen für Außen, Innen, Justiz, Wirtschaft, Verteidigung, Entwicklung und Digitales sowie dem Chef des Kanzleramts, die Koordination liegt beim Büroleiter des Bundeskanzlers. Weitere Bundesminister:innen können hinzugezogen werden, wie auch Vertreter:innen der Bundesländer, anderer Staaten, der EU, der NATO, internationaler Organisationen sowie Fachexpert:innen. Der NSR soll die Informationen und das Wissen der Bundesregierung zusammenfassen, die sich um Deutschlands Sicherheit drehen. Als Kernbereiche sind innere, äußere, wirtschaftliche und digitale Sicherheit benannt. Die Klimakrise und ihre Folgen werden nicht als prioritäres Sicherheitsrisiko behandelt<sup>2</sup>, der Umweltminister fehlt als ständiges Mitglied im NSR – eine entscheidende Leerstelle im Hinblick auf die Risiken für die nationale und internationale Sicherheit und Stabilität, für die menschliche Sicherheit, aber auch für die globale Wirtschaft, die von der Klimakrise ausgehen.<sup>3</sup> Dass die Klimakrise nicht prominent auf der Agenda des Nationalen Sicherheitsrats

<sup>1</sup> Siehe Bundesregierung, 2025, [Nationaler Sicherheitsrat: Kernelemente](#). (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>2</sup> ebd.

<sup>3</sup> Siehe World Economic Forum, 2025, [The Global Risk Report 2025](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

steht, widerspricht vor diesem Hintergrund dem Motto und den Versprechen des Koalitionsvertrags. Denn wer „Verantwortung für Deutschland“ übernehmen will – so der Titel des Koalitionsvertrags – muss Klimapolitik und Sicherheitspolitik zusammendenken.

## Zentrale Lücke: die Klimakrise und ihre sicherheitspolitischen Folgen

Der Bundesnachrichtendienst (BND) (gemeinsam mit weiteren Fachexpert:innen<sup>4</sup>) stuft in der ersten Nationalen interdisziplinären Klimarisiko-Einschätzung (NIKE) von Februar 2025 die Klimakrise als eine der fünf größten Sicherheitsherausforderungen für Deutschland ein. Diese Analyse von einem der Kernakteure und einer der zentralen Säulen in der deutschen Sicherheitsarchitektur muss in der deutschen Sicherheitspolitik berücksichtigt werden und dieses zentrale Thema muss gerade mit Blick auf die Identifikation mittel- und langfristiger Bedrohungslagen permanent auf der Agenda des Sicherheitsrates stehen. Auch die Bundeswehr erkannte bereits in ihrem Weißbuch von 2016 (bis zur Erstellung der Sicherheitsstrategie wesentlicher Leitfaden für die sicherheitspolitischen Entscheidungen Deutschlands<sup>5</sup>) den Einfluss der Klimakrise und ihrer Folgen auf Krisen, Konflikte und Destabilisierung. Der Nexus ist darüber hinaus in der deutschen Politik bereits lange etabliert. Nicht nur sind die sicherheitspolitischen Implikationen des Klimawandels und ihr Einfluss auf verschiedene Dimensionen von Sicherheit für Deutschland in der aktuell gültigen (ersten) Nationalen Sicherheitsstrategie dargelegt. Schon die letzte große Koalition regte bspw. in ihren Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ von 2017 an, das Thema Klimawandel stärker in laufende Aktivitäten zur Krisenprävention und Konfliktbewältigung zu integrieren. Auch ist es wissenschaftlicher Konsens, dass die Klimakrise sicherheitspolitische Implikationen hat, u. a. belegt von beratenden wissenschaftlichen Gremien der Bundesregierung wie dem Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU)<sup>6</sup> und dem Beirat Zivile Krisenprävention und Friedensförderung<sup>7</sup>.

Die Bundesregierung will „den multiplen Bedrohungen von außen und im Innern mit einer Zeitenwende in der Inneren Sicherheit“ begegnen. Der Koalitionsvertrag legt dem deutschen Regierungshandeln einen „integrierten Sicherheitsbegriff“ zugrunde. Auch wenn der Nexus nicht klar benannt wird, sind die Klimakrise und ihre Folgen in einem solchen erweiterten Verständnis von Sicherheit – das auch Themen wie Cyber- bzw. digitale Sicherheit einbezieht (wie auch der NSR) – ein zentraler Bestandteil von (innerer und äußerer) nationaler Sicherheit. Die menschliche Sicherheit, beschrieben als „freedom from fear, want and the freedom to live in dignity“, die anstatt des Nationalstaats den Menschen ins Zentrum des Sicherheitsbegriffes stellt, ist zentral von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen, in Deutschland und weltweit. Dies betrifft Bereiche wie etwa Gesundheit und körperliche Unversehrtheit sowie Wasser- und Ernährungssicherheit. Menschliche und nationale Sicherheit sind eng miteinander verbunden, da Bedrohungen der menschlichen Sicherheit auch die nationale Sicherheit beeinträchtigen können, und umgekehrt.

---

<sup>4</sup>Weitere Herausgeber: Metis, Adelphi, Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK); Gomolka et. al: [Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung 2025](#). (letzter Aufruf: 28. August 2025)

<sup>5</sup>Bundesministerium der Verteidigung 2016: [Weißbuch 2016](#). (letzter Aufruf: 27. August 2025)

<sup>6</sup>Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderungen, 2007, [Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel](#) (letzter Aufruf: 28. August 2025)

<sup>7</sup>Beirat zivile Krisenprävention und Friedensförderung: [Klimawandel und Konflikte. Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik](#). (letzter Aufruf: 27. August 2025)

## Deutschlands Betroffenheit von der Klimakrise und wie der NSR sie adressieren sollte

In Deutschland gibt es direkte und indirekte Sicherheitsbedrohungen durch die Klimakrise. Diese werden im Folgenden kurz beschrieben. Anschließend wird verdeutlicht, wie der NSR diese Risiken adressieren sollte.

Eine **direkte Sicherheitsbedrohung** sind Extremwetterereignisse in Deutschland. Die Zuordnungswissenschaft (engl. attribution science) legt dar, dass die Klimakrise die Wahrscheinlichkeit für und auch die Intensität von Extremwettern eindeutig erhöht.<sup>8</sup> Die letzte dramatische Erfahrung hat Deutschland in diesem Kontext mit dem Hochwasser im Ahrtal 2021 gemacht, welches durch den Klimawandel wahrscheinlicher geworden war<sup>9</sup>. 135 Menschen kamen zu Tode und es verursachte ökonomische Schäden in Höhe von 40 Milliarden Euro<sup>10</sup> u. a. durch die Zerstörung von Wohnhäusern und kritischer Infrastruktur. Aber auch Hitzewellen, wie 2003, 2018 oder 2019, haben heftige Auswirkungen auf die menschliche Sicherheit in Deutschland und führen regelmäßig zu hohen Zahlen an Todesopfern. Nach einer Auswertung des RKI kam es in 2003 zu 7.600 hitzebedingten Sterbefällen sowie zu 8.700 und 6.900 in 2018 und 2019.<sup>11</sup> Im [Climate Risk Index 2025](#) von Germanwatch zählt Deutschland zum oberen Viertel der am massivsten von Extremwetterfolgen betroffenen Staaten weltweit.<sup>12</sup>

Zentral im Hinblick auf den politischen Umgang und die Arbeit des Nationalen Sicherheitsrats ist: Durch die Eindämmung der Klimakrise und ein verbessertes Klimarisiko- und Katastrophenmanagement, insbesondere einer besseren Vorsorge, können die Folgen für Leib und Leben und die ökonomischen Verluste deutlich reduziert werden. Vielen europäischen Ländern wird attestiert, dass sie in diesem Bereich noch deutlichen Nachholbedarf haben. Hier kann also ein entscheidender Unterschied für die Sicherheit Deutschlands und seiner Bürger:innen erreicht werden. Die Klimakrise und ihre Folgen dürfen daher auch nicht nur anlassbezogen eine Rolle im NSR spielen, sondern müssen gerade hinsichtlich der strategischen Vorausschau und Planung und der Identifikation der mittel- und langfristigen Bedrohungslagen als den Kernaufgaben des NSR zwingend zentral in diesem Gremium integriert sein.

**Indirekter**, aber dennoch sicherheitspolitisch zentral, hat die Klimakrise Auswirkungen auf geopolitische Risiken, globale Stabilität und die internationale Sicherheit. Denn die Klimakrise wirkt als „threat multiplier“ (dt. Gefahrenmultiplikator), der bestehende Stressfaktoren und die Vulnerabilität von Staaten verstärkt, das Risiko für Fragilität und für Konflikte verschärft und sich so negativ auf die Sicherheit der Betroffenen auswirkt. Die Klimakrise ist ein wesentlicher Treiber von Armut, Hungersnöten und Migration. So könnten nach Schätzungen bis 2030 zusätzlich 132 Millionen Menschen von Armut betroffen sein, bereits 2022 litten 737 Millionen Menschen an Hunger und bis 2050 könnten bis zu 216 Millionen Menschen gezwungen sein, ihre Heimatregionen zu verlassen.<sup>13</sup> Diese Entwicklungen bergen das Risiko, humanitäre Krisen nach sich zu ziehen, Konflikte zu verschärfen und Länder und Regionen zu destabilisieren.<sup>14</sup> Hier wird Deutschland mit an-

---

<sup>8</sup> Otto, F. (2017). [Attribution of Weather and Climate Events](#). Annual Review of Environment and Resources 42, 627–646. (letzter Aufruf: 28. August 2025).

<sup>9</sup> World Weather Attribution 2021: [Heavy rainfall which led to severe flooding in Western Europe made more likely by climate change](#). (letzter Aufruf: 01. September 2025).

<sup>10</sup> Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz 2023, [Schäden von Flutereignissen in Deutschland](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>11</sup> An der Heiden et al. (RKI/Umweltbundesamt) 2025: [Hitzebedingte Übersterblichkeit – Methodenweiterentwicklung](#), 04/2025 (letzter Aufruf: 05. September 2025).

<sup>12</sup> Adil, L.; Eckstein, D.; Kuenzel, V.; Schaefer, L.: [Climate Risk Index 2025 – Who suffers most from extreme weather events?](#) (letzter Aufruf: 05. September 2025).

<sup>13</sup> Vgl. BMZ, 2025, Folgen des Klimawandels (letzter Aufruf: 10. Februar 2025).

<sup>14</sup> IPCC 2022: [Climate Change 2022: Impacts, Adaptation, and Vulnerability. Contribution of Working Group II to the Sixth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change](#) (letzter Aufruf: 29. August 2025); Schleussner et al 2016: [Armed-conflict risks enhanced by climate-related disasters in ethnically fractionalized countries](#) (letzter Aufruf: 01. September 2025).

deren Staaten strategisch zusammenarbeiten müssen und sollte einen kohärenten Ansatz aus außen-, sicherheits- und entwicklungspolitischen Instrumenten in den Blick nehmen.<sup>15</sup> Hierfür ist der NSR ein geeignetes Gremium zur Abstimmung der Reaktionen, die die Klimakrise erfordern. Deutschland darf hier nicht die Möglichkeit verpassen, zeitnah und gemeinsam mit Partnerländern angemessene Antworten zu finden.

Auch die wirtschaftliche Sicherheit – einer der im NSR behandelten Kernbereiche – ist durch die Klimakrise in Gefahr. Auch klimawandelverstärkte Extremwetterereignisse in anderen Ländern gefährden eine reibungslose Logistik. Einschränkungen im Schiffsverkehr durch Dürren und Niedrigwasser können damit zu Unterbrechungen von Lieferketten führen, die wiederum erhebliche wirtschaftliche Folgen auch für deutsche Unternehmen nach sich ziehen können.<sup>16</sup> Aber auch hohe Anpassungs- und Wiederaufbaukosten durch Extremwetter in Deutschland können sich auf die wirtschaftliche Sicherheit auswirken.<sup>17</sup> Laut dem World Economic Forum sind die fünf größten globalen Risiken der kommenden zehn Jahre mit der Klimakrise verbunden.<sup>18</sup>

Ein weiteres Argument, die Klimakrise prioritär im NSR zu behandeln, liefern die Auswirkungen von Kipppunkten im Klimasystem, deren Erreichen zunehmend wahrscheinlicher wird. Auf dem derzeitigen Kurs steuern wir auf eine Erwärmung von bis zu 3°C zu. Nachdem im Jahr 2024 das 1,5-Grad-Ziel erstmalig für ein vollständiges Jahr überschritten wurde, steigt mit jedem Zehntelgrad das Risiko, dass kritische Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden – etwa das Umkippen der Wasserzirkulation im Atlantik, die Versteppung des Amazonas-Regenwalds oder gewaltige Eisverluste in Grönland und der Westantarktis.<sup>19</sup> Die Folgen hierfür sind nicht abschätzbar und können teilweise zu Kettenreaktionen führen, die die Klimakrise weiter verschärfen und die menschliche Sicherheit von Milliarden bedrohen. Schon jetzt bewegen wir uns auf den Kipppunkt der Atlantischen Umwälzströmung, welche eine wichtige Rolle bei der Wärmeverteilung im Atlantik spielt, zu. Ein Überschreiten dieses Kipppunkts könnte zu Verschiebungen der globalen Wärme- und Niederschlagsverteilung führen – etwa zu einer Abkühlung des Nordatlantiks mit direkten Folgen für Deutschland.

Die Entwicklung und Dynamik der Kipppunkte wird von exzellenter naturwissenschaftlicher Forschung begleitet und untersucht, jedoch fehlt es bisher an einem systematischen Ansatz, der den wissenschaftlichen Kenntnisstand (mit aller intrinsischen Ungewissheit dieser hochkomplexen Systeme) in konkrete Empfehlungen und zielgerichtete Handlungsaufforderungen für politische Entscheidungsträger:innen übersetzt. In der Einrichtung eines Frühwarnsystems, das genau diese Aufgabe erfüllt, liegt eine große Chance, die die deutsche Regierung ergreifen sollte.<sup>20</sup>

Auch die Bundeswehr sieht in Deutschland im Hinblick auf die internationalen Auswirkungen des Klimawandels Handlungsbedarf. So hebt sie in ihrem Weißbuch von 2016 hervor: „In den kommenden Jahren gilt es, Klimafragen noch systematischer in das deutsche Engagement zur Krisenprävention und Stabilisierung zu integrieren und den Resilienzaufbau potenziell betroffener Regionen zu fördern.“<sup>21</sup> Auch die im Koalitionsvertrag angekündigte Stärkung von Frühwarnsystemen kann einen entscheidenden Beitrag zur Gewährleistung der menschlichen Sicherheit der Betroffenen und zur Stärkung der Stabilität in den besonders von der Klimakrise betroffenen Ländern und Regionen liefern. In diesen spielt auch die Gefährdung der menschlichen Sicherheit durch erzwungene Migration und Vertreibung eine wichtige Rolle, bei der die Betroffenen unterstützt werden müssen.

---

<sup>15</sup> Gomolka et al., 2025, [Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>16</sup> Siehe z. B. DMB, 2023, [Risiken des Klimawandels für KMU-Lieferketten](#) (letzter Aufruf: 10. Februar 2025); e-commerce magazin, 2023, [Lieferkette: Klimawandel führt zu mehr Störungen und höheren Logistikkosten](#) (letzter Aufruf: 10. Februar 2025).

<sup>17</sup> Gomolka et al., 2025, [Nationale Interdisziplinäre Klimarisiko-Einschätzung](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>18</sup> World Economic Forum, 2025, [The Global Risk Report 2025](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>19</sup> z.B. Lenton, T. M. et al. (2019) [Climate tipping points — too risky to bet against](#). In: Nature, Vol 575; (letzter Aufruf: 02. Februar 2025); IPCC (2018): [Global Warming of 1.5°C. An IPCC Special Report - Summary for Policymakers](#) (letzter Aufruf: 02. Februar 2025); IPCC (2019) [IPCC Special Report on the Ocean and Cryosphere in a Changing Climate. Summary for Policymakers](#). (letzter Aufruf: 10. Februar 2025).

<sup>20</sup> Künzel et al., 2022: [Ein Frühwarnsystem für Kipppunkte im Klimasystem](#) (letzter Aufruf: 27. August 2025).

<sup>21</sup> Bundesministerium der Verteidigung 2016: [Weißbuch 2016](#) (letzter Aufruf: 27. August 2025).

## Zusammensetzung des NSR und bestehende Kompetenzen für eine Integration des Klimabereichs in die Ausrichtung des NSR

Die Kompetenzen und Zuständigkeiten für relevante Analysen, Lageeinschätzungen und politisch-strategische Antworten im Kontext sicherheitspolitischer Bedrohungen durch die Klimakrise für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands liegen in verschiedenen Ressorts, **die bereits im NSR vertreten sind**:

- **Auswärtiges Amt:** Der Nexus Klima und Sicherheit ist weiterhin im Auswärtigen Amt verankert, der im NSR vertretene Außenminister sollte daher entsprechende relevante Aspekte in die Debatten und Entscheidungen des NSR einbringen und in die Handlungen des Ministeriums nach außen integrieren (inklusive der Nutzung internationaler Foren, um den Nexus zu platzieren, wie EU, NATO, UN<sup>22</sup>).
- **Innenministerium:** Dem Innenministerium untersteht das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK), die zentrale Institution beim Umgang mit Extremwetterereignissen in Deutschland. Der Innenminister muss u. a. deren Perspektive und Impulse zur potenziellen Verbesserung einbringen.
- **Entwicklungsministerium:** Das Entwicklungsministerium verantwortet thematisch wichtige Themen wie internationale Anpassung an den Klimawandel oder den Umgang mit Verlusten und Schäden durch den Klimawandel und koordiniert die internationale Zusammenarbeit mit dem Globalen Süden und strategisch wichtigen Partnerländern. Die Ministerin sollte entsprechende relevante internationale Themen in den NSR einbringen, die auch für eine stabile Beziehung zu Ländern des Globalen Südens zentral sind.
- **Leerstelle: Umweltministerium:** Als zentrales Ressort mit Kernverantwortung für die Klimapolitik **fehlt der Umweltminister** als ständiges Mitglied im NSR. Hier klafft eine zentrale Lücke, um den Herausforderungen der Klimakrise gerecht zu werden. Obwohl die oben genannten Ministerien Teile der Klimapolitik und der Auswirkungen des Klimawandels auf die nationale Sicherheit abdecken, ist eine permanente Einbindung des Umweltministeriums zentral, um dem Sicherheitsrisiko Klimawandel gerecht zu werden und entsprechende Aspekte auch in der Behandlung anderer Sicherheitsherausforderungen mitzudenken.

Außerdem sollten **Klimaexpert:innen** eingebunden werden, um den NSR zu informieren und bei seinen Entscheidungen zu unterstützen. Sie liefern die Grundlage, um kurzfristige Sicherheitsfragen mit langfristigen ökologischen Entwicklungen zu verknüpfen und politische Entscheidungen resilient zu machen. Ohne ihre Perspektive droht der Rat, die Auswirkungen der Klimakrise als zentraler Verstärker künftiger Konflikte und Risiken zu übersehen. Neben Ministerien braucht es auch eine institutionalisierte Konsultation von Forschungsinstituten, Think Tanks und NGOs, die auf Klima und Sicherheit spezialisiert sind.

## Zwischenstaatliche und regionale Kooperation zentral

Auch wenn es im NSR um die nationale Sicherheit Deutschlands geht, darf das Gremium keinesfalls nationalistisch ausgelegt werden. Deutschland ist Teil eines eng verwobenen internationalen Systems mit wechselseitigen Abhängigkeiten in zahlreichen Bereichen, inklusive der Sicherheit, und muss eine enge Kooperation mit Partner- und Nachbarländern – insbesondere in Europa – sicherstellen. Gute Kooperation stärkt das Vertrauen zwischen Partnern und Nachbarn und schafft dadurch auch Sicherheit. Daher ist es zu begrüßen, dass der NSR bereits vorsieht, auch Repräsentant:innen aus entsprechenden Staaten anlassbezogen einzubeziehen. Das ist besonders im Hinblick auf die Klimakrise zentral, da von ihren Folgen jetzt schon die besonders verletzlichen Regionen und Länder überproportional betroffen sind.

---

<sup>22</sup> Auswärtiges Amt 2025: [Internationale Klimapolitik: Zuständigkeit wechselt, gemeinsames Engagement bleibt](#), Pressemitteilung (letzter Aufruf: 27. August 2025).

Im Kontext dieser Kooperationen ist es zentral, dass deutsches Regierungshandeln mit der strategischen Ausrichtung wichtiger Bündnisse wie der NATO, der EU oder der OSZE übereinstimmen und die Klimakrise im NSR zu verankern. Der *Strategic compass for Security and Defence*<sup>23</sup> (Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung) der EU, der 2022 von der EU und allen Mitgliedstaaten formal angenommen wurde, benennt als ein Ziel die verbesserte Resilienz gegenüber Klimawandel, Katastrophen und Notfällen („*Enhancing resilience to climate change, disasters and emergencies*“). Hinsichtlich des Umgangs mit Extremwetterern wird hier beispielsweise das Ziel formuliert, die Fähigkeit der Streitkräfte der Mitgliedstaaten zu verbessern, zivile Behörden in Notfällen sowohl in der Planungs- als auch in der Durchführungsphase zu unterstützen.<sup>24</sup>

Das ebenfalls 2022 verabschiedete Strategische Konzept der NATO<sup>25</sup> ordnet den Klimawandel als „eine der größten Herausforderungen unserer Zeit“ mit „tiefgreifende(n) Auswirkungen auf die Sicherheit der Bündnispartner“ ein und definiert ihn als Krisen- und Bedrohungsmultiplikator, der Konflikte, Fragilität und geopolitischen Wettbewerb verschärfen und Gesellschaften destabilisieren, „Sicherheit untergraben und das Leben und den Lebensunterhalt unserer Bürger bedrohen“<sup>26</sup> kann. Als Ziele definiert das Strategische Konzept: die „Fähigkeit des Bündnisses weiter aus(zu)bauen, zivile Krisenbewältigungs- und Hilfsmaßnahmen zu unterstützen und uns auf die Auswirkungen des Klimawandels, der Ernährungsunsicherheit und von Gesundheitsnotfällen auf die Sicherheit der Bündnispartner vorzubereiten“. Die Kongruenz mit diesen Zielen muss sich auch in Zusammensetzung und Ausrichtung des NSR widerspiegeln.

Auch die OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) als Sicherheitsorganisation erkennt in ihrer Entscheidung von 2021 an, dass die Folgen der Klimakrise wirtschaftliche Herausforderungen und Umweltzerstörung verschärfen können, was sich negativ auf Wohlstand, Stabilität und Sicherheit in OSZE-Ländern auswirken kann – und unterstreicht weiterhin die Relevanz, dass die Vertragsstaaten Klimaaspekte in relevante nationale oder innerstaatliche Strategien, Planungen, Dokumente und Prozesse einbeziehen, um Klimafolgen zu mindern und Resilienz zu erhöhen.<sup>27</sup>

Das Auswärtige Amt hat begrüßenswerterweise angekündigt, bei seiner Bewerbung um einen nicht-ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat 2027/28 als Kernanliegen die Sicherheitsbedrohungen der Klimakrise einzubringen<sup>28</sup> – wie bereits in vergangenen Mitgliedschaften. Vor diesem Hintergrund sollte die Klimakrise auch auf nationaler Ebene als relevantes Sicherheitsrisiko ernst genommen und adressiert werden und die angemessene sicherheitspolitische Verankerung im NSR finden.

Wie beschrieben, ist die enge Kooperation mit Partnern auch bei Reaktionen und Antworten nötig. Das Beispiel des Ahrtal-Hochwassers in Deutschland 2021 zeigt, wie wichtig oft kurzfristig grenzüberschreitende Unterstützung ist. So boten verschiedene Länder Unterstützung in unterschiedlicher Form an<sup>29</sup>, außerdem erhielt Deutschland Mittel in Höhe von 612 Millionen Euro aus dem EU-Solidaritätsfonds<sup>30</sup>. Auch zeigte sich hier die zunehmende Relevanz humanitär/zivil-militärischer Kooperation in Gestalt der Unterstützung durch die Bundeswehr<sup>31</sup>.

---

<sup>23</sup> EU External Affairs, 2022, [A STRATEGIC COMPASS FOR SECURITY AND DEFENCE](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>24</sup> EU External Affairs 2022, p. 41 (ebd.)

<sup>25</sup> NATO, 2022, [Strategic Concept](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>26</sup> ebd.

<sup>27</sup> OSZE 2021: Ministerial [Decision No. 3/21 Strengthening co-operation to address the challenges caused by climate change](#) (letzter Aufruf: 06. September 2025).

<sup>28</sup> Auswärtiges Amt 2025: [Internationale Klimapolitik: Zuständigkeit wechselt, gemeinsames Engagement bleibt](#), Pressemitteilung (letzter Aufruf: 27. August 2025).

<sup>29</sup> Deutscher Bundestag, 2023, [Drucksache 20/9038](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025);

<sup>30</sup> Europäische Kommission, 2022, [Wiederaufbau nach Flutkatastrophe 2021](#) (letzter Aufruf: 03. September 2025).

<sup>31</sup> Bundeswehr 2021: [CIR-Soldaten helfen in Hochwassergebieten](#) (letzter Aufruf: 10. August 2025).

## Was nun nötig ist:

Um sicherzustellen, dass die Klimakrise und ihre Folgen adäquat in die deutschen Sicherheitsdebatten und ein entsprechendes Handeln einbezogen werden, sind nun folgende Schritte nötig:

- **Ständige Beteiligung des Umweltministeriums:** Um die Klimakrise ganzheitlich als Sicherheitsrisiko für Deutschland behandeln zu können, bedarf es einer ständigen Beteiligung des Umweltministeriums an den Sitzungen des NSR und einen regelmäßigen Einbezug von Expert:innen des Klima- und Katastrophenmanagements.
  - **Regelmäßige Sitzungen zur Klimakrise:** Es muss regelmäßige und situationsbezogene Sitzungen zu den Auswirkungen des Klimawandels im NSR geben.
  - **Klimasicherheitsberichte:** Der NSR sollte regelmäßige Lageanalysen zu klimabezogenen Sicherheitsrisiken (auch hinsichtlich Kipppunkten im Klimasystem) und Auswertungen von Frühwarnmechanismen erstellen. Diese sollten öffentlich zugänglich sein, um Entscheidungsträger:innen und Gesellschaft zu sensibilisieren, und in regelmäßigen Abständen veröffentlicht werden.
    - Deutschland sollte – in Kooperation mit anderen Staaten – ein Frühwarnsystem für Kipppunkte im Klimasystem (zusätzlich zu bestehenden Frühwarnsystemen für das Auftreten von Extremwetterereignissen) etablieren, um systematisch auf dieses eklatante Sicherheitsrisiko und seine potenziellen Auswirkungen reagieren zu können.
  - **Gründung eines Kompetenzzentrums für Klimasicherheit:** Mittelfristig sollte ein ressortübergreifendes Kompetenzzentrum für Klimasicherheit gegründet werden, welches Forschung, Risikoanalyse und politische Beratung zusammenführt.
    - Um Lücken in Deutschland zu schließen, bedarf es als ersten Schritt der Einhaltung der Klimaziele und einer drastischen Emissionsminderung, um die Risiken und Folgen zu minimieren. Außerdem muss das Klimarisikomanagement in Deutschland ausgebaut werden, durch a) die verstärkte Umsetzung der Anpassungsstrategie und b) den Ausbau und die Verbesserung von Frühwarnsystemen inklusive besserer Information der Bevölkerung.
  - **Enge Kooperation mit Partner- und Nachbarländern:** Für ein vorausschauendes und ganzheitliches Klimarisiko- und Katastrophenmanagement braucht es eine enge regionale Kooperation mit Partnerländern und EU-Nachbarn. Denn die Auswirkungen der Klimakrise sind oft grenzüberschreitend.
    - Deutschland sollte sich besonders im Hinblick auf Vorsorge und Frühwarnmechanismen um die Schließung bestehender Lücken bemühen (z. B. beim grenzüberschreitenden Klimarisiko- und Katastrophenmanagement).
- Auch im Kontext von NATO, EU und UN sollte Deutschland Klimasicherheitsaspekte einbringen (wie bspw. während vergangener Mitgliedschaften im UN-Sicherheitsrat).
- Fokus sollte u.a. auf der Verankerung von Klimaresilienz in sicherheitspolitischen Strategien, in Missionen und Partnerschaften liegen, Errungenschaften wie die Einrichtung von Klimaschwerpunktbotschaften/-vertretungen können außerdem als Beispiel für andere Staaten dienen.

Zentral, um die Klimakrise und ihre (sicherheitsrelevanten) Klimafolgen einzudämmen und in einem bewältigbaren Ausmaß zu halten, ist ambitionierter Klimaschutz. Deutschland sollte drastisch Emissionen reduzieren und die gesetzten Klimaziele einhalten. Um die Sicherheitsrisiken abzuschwächen, bedarf es Investitionen in Anpassung und den Umgang mit Verlusten und Schäden. Umfassende und ausreichende internationale Klimafinanzierung und humanitäre Hilfe sind damit ebenfalls Instrumente präventiver Sicherheitspolitik.

---

**Autorinnen:** Vera Künzel, Lisa Schultheiß

**Mit Unterstützung von:** Laura Schäfer

**Redaktion:** Nikola Klein

**Zitiervorschlag:** Künzel, V., Schultheiß, L., 2025, Klimakrise als Sicherheitsbedrohung. Warum die Klimakrise als zentrales Thema in den Nationalen Sicherheitsrat gehört, [www.germanwatch.org/de/93258](http://www.germanwatch.org/de/93258).

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter: [www.germanwatch.org/de/93258](http://www.germanwatch.org/de/93258).

September 2025

**Herausgeber: Germanwatch e.V.**

**Büro Bonn**

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)

**Büro Berlin**

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Tel. +49 (0)30 / 5771 328-0, Fax -11

E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)



Mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt.

Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.